Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Alle Mitglieder wurden ordnungsgemäß geladen.

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Dieter Thalhammer
Anwesend sind:	3. Bürgermeister Benno Zierer alle Stadträte, außer den unten aufgeführten.
Abwesend und entschuldigt sind die Stadträte:	2. Bürgermeister Rudolf Schwaiger Dr. Joachim Hamberger Richard Grimm Monika Hobmair Ulrich Vogl Alexander Arnheiter (ab 20:09 Uhr) Dr. Guido Hoyer
Weitere Teilnehmer:	VR Widmann OVRin Hagl Stadtdirektor Koch Werkleiter Piller Herr Maierhofer
Schriftführerin:	Simone Brümmer
Beginn der öffentlichen Sitzung:	19:02 Uhr

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.
Die Protokolle der Sitzungen des Stadtrates vom 09.06. und 27.07.2011 liegen auf und gelten nach Abschluss der Sitzung als genehmigt.

Tagesordnung

1) Bekanntgaben
   a) Ehrung des Oberbürgermeisters Dieter Thalhammer
      - 50-jährige Dienstzeit im öffentlichen Dienst
   b) Ehemalige Schule St. Georg

2) Flughafen München
   Planfeststellungsbeschluss 3. Start- und Landebahn
   - Klageerhebung und Antrag gegen die sofortige Vollziehung
     - Beschluss -
   - Beauftragung Anwaltskanzlei Deißler, Krauß und Domcke

3) Ausschussumbesetzungen

4) Neubau einer Kinderkrippe mit Freianlagen an der Alleestraße
   Vorstellung der Entwurfsplanung mit einer Variante zur Schlafplatzgestaltung und Kostenberechnung
   - Projektbeschluss -

5) Generalsanierung Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6
   Bereitstellung Serverraum / Verlagerung EDV-Abteilung /
   Unterbringung von Archivräumen
   Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung

6) Generalsanierung VHS in Freising (Gebäude)
   Zusätzliche Kosten für Blend- und Sonnenschutzanlagen
   Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

---

7) Westtangente Freising
   - Projektbeschluss -

8) EU-Förderprogramm LEADER;
   Machbarkeitsstudie zur „Naherholung auf den Isarkiesbänken"
   - Auswahl von Einzelprojekten zur Planung und Umsetzung innerhalb der Programmlaufzeit

9) Berichte und Anfragen
   a) Anfrage StR Kropp bzgl Neubesetzung der Ausschüsse
   b) Anfrage StR Dr. Schwarzer bzgl. Parksituation Kurve Tuchinger Straße

TOP 1a **Bekanntgaben**
Ehrung des Oberbürgermeisters Dieter Thalhammer
wg. 50-jähriger Dienstzeit im öffentlichen Dienst
Anwesend: 35

Bgm. Zierer würdigt in einer Laudatio, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt, das langjährige Engagement von Oberbürgermeister Dieter Thalhammer im öffentlichen Dienst und überreicht im Anschluss eine Urkunde.

StR Irlstorfer nimmt ab 19:06 Uhr an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden. Er sei der Meinung, dass man gemeinsam viel für die Stadt geleistet habe und der Kontakt zwischen Verwaltung, Stadtrat und ihm sehr gut gelaufen sei in den letzten Jahren.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

TOP 1b Bekanntgaben

Ehem. Schule St. Georg

Anwesend: 36

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass man sich gem. Beschluss der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 27.07.2011 mittlerweile mit dem Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus über das Erdgeschoß und den ehemaligen Turnhallenbereich in der ehem. Schule St. Georg in Verhandlungen befinde. Die Verhandlungen laufen und er sei sich sicher, dass man zu einer zufriedenstellenden Entscheidung kommen werde. Unabhängig davon laufen Verhandlungen mit weiteren Nutzern, d.h. es liegen bereits entsprechende Nachfragen vor.

TOP 2 Flughafen München
Planfeststellungsbeschluss 3. Start- und Landebahn

- Klageerhebung und Antrag gegen die sofortige Vollziehung
  - Beschluss -
- Beauftragung Anwaltskanzlei Deißler, Krauß und Domcke

Anwesend: 36

Der Vorsitzende begrüsst zu diesem Thema auch die anwesenden Zuhörer und bittet anschließend Stadtdirektor Koch in das Thema einzuführen.

Stadtdirektor Koch berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Weiterhin erläutert er die in Bälde anlaufenden Klage- und Antragsfristen und schildert nochmals Grundlagen aus der Entstehungsgeschichte des Flughafens München und der dazugehörigen Planfeststellungsbeschlüsse. Besonders hebt er die damaligen Aussagen und Bewertungen der Genehmigungsbehörde, wonach der Flughafen mit 3 Start- und Landebahnen völlig überdimensioniert sei, hervor und zitiert insoweit aus dem ursprünglichen Planfeststellungsbeschluss für das immer noch bestehende Zwei-Bahnen-System. Seiner Meinung nach sei fraglich, ob der Standort unter den damaligen Annahmen heute überhaupt noch der Richtige sei.

Er bedankt sich anschließend bei denjenigen, die so intensiv im jetzigen Planfeststellungsverfahren mitgearbeitet haben und insbesondere auch bei den Rechtsanwälten Krauß und Schwemer, welche die Stadt Freising als ausgewiesene Luftverkehrsrechtsanwälte immer bestens betreut haben.

Rechtsanwalt Krauß bedankt sich für den Vortrag von Stadtdirektor Koch. Das umfassende Werk des Planfeststellungsbeschlusses sei durch das Luftamt Südbayern erstellt worden. Zur Struktur des Planfeststellungsbeschlusses merkt er an, dass alleine das Inhaltsverzeichnis bereits 44 Seiten umfasse. Der verfügende Teil umfasse 200 Seiten. Der Sachverhalt sei mit 152 Seiten relativ knapp wiedergegeben. Die Entscheidungsbegründung war dagegen viel umfangreicher. Immerhin wurden die von der Stadt Freising geltend gemachten Eingriffe in ihre Planungshoheit auf 64 Seiten des großen Werkes abgehandelt.
Enttäuschend sei allerdings, dass der umfangreiche Vortrag zur Beeinträchtigung kommunaler Einrichtungen der Stadt Freising auf lediglich drei Seiten abgehandelt wurde. Insofern könne er die Einschätzung von Stadtdirektor Koch unterstützen, dass diese umfangreichen Einwendungen mit leichter Hand vom Tisch gefegt worden seien. Man habe sich zwar mit diesem Themen befasst, allerdings möchte er daran erinnern, dass man insbesondere die Planrechtfertigung und die Alternativenprüfung zum zentralen Punkt gemacht habe ebenso wie die Lärmbelastung. Er sei der Meinung, dass die Stadt Freising nicht nur die größte Kommune sei, die von der Flughafenplanung direkt betroffen ist, sondern auch die Kommune, deren rechtlich geschützten Belange durch die Planung am stärksten beeinträchtigt werden. Wenn die Stadt Freising nicht klagen können sollte, sei die Frage, welche andere Kommune dies überhaupt könne. Eine erste Durchsicht des Planfeststellungsbeschlusses durch die Stadt Freising habe ergeben, dass die Stadt Freising zur Wahrung ihrer im abgelaufenen Planfeststellungsverfahren geltend gemachten Rechte, Klage erheben sollte, weil diese Rechte nur äußerst unzureichend berücksichtigt worden seien.
So wurden aufgrund des umfangreichen und detaillierten Sachvortrages der Stadt im Planfeststellungsverfahren die schützenswerte Belange der Stadt vom Luftamt durchaus ermittelt. Zum Teil wurden diese Belange vom Luftamt auch angemessen gewichtet.

Das Luftamt habe bei zahlreichen Bebauungsplänen zutreffend festgestellt, dass diese künftig in der Tagschutzzone 1 und in der Nachtschutzzone liegen. In diesen Fällen verneinte aber das Luftamt mit allen möglichen Argumenten eine nachhaltige Störung der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung. Im gerichtlichen Verfahren werde dies zu diskutieren sein. Ein zentraler Punkt, den er in der Klagebegründung nicht verschweigen wolle, sei, dass nach dem Erörterungstermin und nach der letzten förmlichen Beteiligung der Stadt Freising offenkundig noch weitere Gutachten und ergänzende Stellungnahmen vom Luftamt eingeholt worden seien. Die Stadt Freising habe mehrfach ausdrücklich einen weiteren Erörterungstermin beantragt. Dies wurde allerdings vom Luftamt abgelehnt. Wenn man nun aber im Planfeststellungsbeschluss lese, dass gestützt auf die mind. 21 Gutachten und ergänzenden Stellungnahmen gravierende Einwendungen der Startbahngegner und damit auch der Stadt Freising zurückgewiesen werden, dann sei dies ein Verfahrensablauf, den man nicht nachvollziehen könne. Man habe keine Chance erhalten, sich mit den neuen Erkenntnissen auseinanderzusetzen. Die Tatsache, dass es eine weitere Reihe von Planunterlagen geben soll, die zwar förmlich nicht planfestgestellt seien, deren Inhalt aber in diesen Plänen und Berechnungen im Planfeststellungsbeschluss argumentativ immer wieder herangezogen werde, sei der Gipfel.
Er möchte hier den Klagebegründungen nicht vorgreifen, allerdings könne er sich nicht vorstellen, dass dies rechtlich in Ordnung sei. Er sei daher der Überzeugung, dass die von der Stadt Freising vorgebrachten Einwendungen im Klageweg weiter verfolgt werden sollten.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass seiner Meinung nach nichts anderes übrig bleibe, als gegen den Planfeststellungsbeschluss Klage einzureichen und auch den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage zu stellen.

StR Drobny schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner vollinhaltlich an. Besonders betont er, dass nicht nur die Attachinger Bürger schwerst betroffen, sondern auch die Bürger der gesamten Stadt Freising erheblich beeinträchtigt seien.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Mittlerweile sei man schon sehr weit gekommen. Das Verfahren mache auf ihn eher den Eindruck, dass man erhebliche Probleme habe, wenn man Gutachten etc. zurückhalte.
Auch der Bund Naturschutz habe ein Schreiben an die Regierung gerichtet, mit der Bitte, dass diese Gutachten zugestellt werden. Letzte Woche sei nun entschieden worden, dass man diese Gutachten einsehen könne. Da man die Unterlagen weder mitnehmen noch kopieren dürfe, entstehe aber durchaus ein negativer Eindruck.
Gerade die bayernweite Aufmerksamkeit helfe sicherlich und daher appelliere er auch an die Kollegen, jetzt nicht nachzulassen und die Klage einzureichen.
Wichtig sei seiner Meinung nach auch die geplanten Aktionen gegen die 3. Start- und Landebahn zu unterstützen.

Auch StR Hölzl bittet die Anwesenden um Unterstützung. Man habe das Gefühl, in diesem Rechtsstreit sehr gut vertreten zu sein. Er hoffe bei der Abstimmung auf die Solidarität des Stadtrates und einen einstimmigen Beschluss.

Bgm. Zierer stimmt seinen Vorrednern zu.

StR Dr. Kaiser teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, allerdings bitte er darum den Zusatz aufzunehmen, dass die Stadt alle Rechtsmittel ausschöpfe um die 3. Start- und Landebahn zu verhindern. Seiner Meinung nach sollte man nicht beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof Schluss machen, denn es sei notwendig, ein Zeichen zu setzen. Attaching wolle auch sicherlich keine Entschädigung sondern keine 3. Start- und Landebahn.

StRin Großkopf zeigt sich erfreut darüber, dass allseits die gute Zusammenarbeit gelobt werde. Die Rechtsanwaltskanzlei könne allerdings nur so gut arbeiten, weil sie gute Informationen erhalte und ein großes Vertrauensverhältnis vorliege. Streitentscheidend werde sein, ob das unabhängige Gericht die Interessen der schutzwürdigen Anwohner höher bewerte als die wirtschaftlichen Interessen der Bauwilligen. Das Luftamt Südbayern habe bewiesen, dass es keine unabhängige Behörde sei und dass man hier sehr wohl parteiisch geurteilt habe.

Sie denke, dass Stadt und Bürger mit dem heutigen Beschluss alles getan haben, was man im Augenblick tun könne. Im übrigen sei sie der Meinung, dass auch der politische Widerstand weitergehen müsse.

StR Dr. Maguhn teilt mit, dass seine Fraktion ebenso zustimmen werde. Er habe auch keine Hoffnung, dass der Bayer. Verwaltungsgerichtshof in diesem Verfahren objektiv urteile. Die Urteile der Vergangenheit haben ihn leider eines besseren belehrt, aber es bleibe keine andere Wahl. Man müsse jedes Mittel nutzen, das zur Verfügung stehe.

StR Irlstorfer weist darauf hin, dass auch die CSU Freising das Klageverfahren unterstützen werde und bzgl. der Kommentare seiner Vorredner möchte er anmerken, dass er der Meinung sei, dass in Bayern diesbezüglich sehr gute Zustände herrschen.

StRin Bönig spricht sich dafür aus, dass der von StR Dr. Kaiser gewünschte Zusatz in den Beschluss aufgenommen werde. Auch sie sei der Meinung, dass man nicht sicher sein könne und wenn es eine Ablehnung gebe, dass man alle Instanzen vollständig ausschöpfe bis man keine Möglichkeit mehr habe. Bzgl. der vom Luftamt genannten Wirtschaftskraft wundere sie sich, wenn sie in den Planungsdaten lese, wie hoch der Einkommenssteueranteil pro Kopf in der Stadt Freising und in anderen Landkreisen sei. Sie könne da von einer steigenden Wirtschaftskraft noch nichts erkennen.

StRin Sahlmüller versichert, sie werde dem Beschlussvorschlag zustimmen und hoffe sehr auf eine neutrale Stellung des Gerichtes. Jeder, der den Plan ansehe, könne sehr deutlich erkennen, dass der Ortsteil Attaching aufs Schwerste beschädigt werde, dies sei ihrer Meinung nach unhaltbar.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ein Ergänzungsantrag von StR Dr. Kaiser und StRin Bönig vorliege, dass man sämtliche Rechtsmittel einlegen werde.
Er würde vorschlagen, da man bisher immer alle Rechtsmittel ausgeschöpft habe, abzuwarten und nicht bereits im Vorgriff schon etwas zu beschließen.

Schließlich müsse man auch erst einmal wissen, was in der Urteilsbegründung stehe. Er halte es zum jetzigen Zeitpunkt nicht für notwendig, für weitere Verfahren jetzt schon einen Beschluss zu fassen.

StR Eschenbacher erkundigt sich beim Vorsitzenden, ob er es für nicht notwendig oder nicht tunlich halte.

Der Vorsitzende antwortet, dass er es für nicht tunlich halte.

StR Eschenbacher geht davon aus, wenn man den Antrag einstimmig absegnen werde, dass man auch in Zukunft alle Rechtsmittel ausschöpfen werde.

Der Vorsitzende antwortet, dass man bereits zu Anfang der Diskussion zur 3. Start- und Landebahn der Öffentlichkeit mitgeteilt habe, dass man alle Rechtsmittel ausschöpfen werde, um diese unsägliche Planung zu verhindern.
Heute wisse man durch den Planfeststellungsbeschluss auch, gegen was man tatsächlich angehen werde. Bei künftigen Bescheiden und Urteilen wisse man das allerdings noch nicht, was der Gegenstand sei, gegen den man angehen müsse.

Rechtsanwalt Krauß erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die Stadt Freising in Sachen Flughafen München auch schon Erfolge erzielt habe beim Bayer. Verwaltungsgerichtshof. Seiner Meinung nach sollte man nicht gleich mit einer pessimistischen Prognose in das Verfahren gehen. Er halte es für ausreichend, wenn man sich heute für eine Klage entscheiden würde. Kommunalrechtlich habe er sogar Bedenken, ob ein pauschaler Beschluss für eine nächste gerichtliche Etappe ausreichen würde. Seiner Kenntnis nach müsste dies der Oberbürgermeister dem Stadtrat erneut zur Entscheidung vorlegen. Als politische Willensbekundung schadet es sicherlich nichts, wenn man sich heute hier einig sei.

StR Dr. Hierl ist der Meinung, dass es sicherlich nicht störe, wenn man noch einmal hervorhebe, dass man alle rechtlichen Mittel ausschöpfen werde. Dies sei auch ein Signal an alle Bürger. Der Stadtrat müsse sich zu gegebener Zeit ohnehin nochmals mit dem Thema befassen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

StR Drobny stimmt seinen Vorrednern zu. Auch er sehe es als wichtiges Signal an die Bevölkerung, dass man auch der Meinung sei, dass man im Recht sei.

StR Dr. Kaiser betont, dass er diesen Beschluss als Bekräftigung sehen wolle. Er wendet sich daraufhin an Herrn Rechtsanwalt Krauß. Dieser habe mitgeteilt, dass ihm kein Fall bekannt sei, wo die Kirche in den letzten 20 Jahren enteignet worden sei. Man impliziere damit, dass die 3. Start- und Landebahn nicht gebaut werde, weil die Kirche das Grundstück nicht verkaufe. Die Frage sei nun, warum die Kirche nicht enteignet wurde und daher vermute er, dass sie das Grundstück rechtzeitig verkauft habe. Ihm liegen Informationen vor, dass die Kirche die Grundstücke verkaufen werde, wenn der Flughafen im Gerichtsverfahren gewinne. Man dürfe die Bürger nicht in dem Glauben lassen, dass die Kirche etwas verhindern könne. Aus diesem Grund wolle er, dass man seitens des Stadtrates den Bürgern ein Zeichen gebe, dass man hinter ihnen stehe.

Der Vorsitzende widerspricht StR Dr. Kaiser. Wenn er aufmerksam die Zeitung studiert hätte, wäre ihm ein Artikel von gestern aufgefallen, in dem gestanden sei, dass durch das Votum der Kirche in Neufahrn der „Bavarian Park" verhindert wurde.

StRin Großkopf merkt an, dass es sich politisch gesehen natürlich sehr gut anhöre, wenn man sage, dass man jedes Rechtsmittel einlegen werde. Rechtlich dagegen sei es gänzlich verfehlt, denn wenn es ein Urteil gebe, müsse es auch rechtlich geprüft werden.
Den Beschluss, den die Kollegen zur Abstimmung gestellt haben, sei ihrer Meinung nach ein falsches Signal.

StR Eschenbacher erkundigt sich beim Vorsitzenden, ob es die Möglichkeit gebe, im Protokoll festzuhalten, dass der Stadtrat gewillt sei, sämtliche Rechtsmittel auszuschöpfen.

Der Vorsitzende antwortet, dass er dagegen nichts einzuwenden habe. Er habe nur einen Einwand, wenn man dies in den jetzigen Beschluss aufnehmen wolle.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Sollte man zwei Beschlüsse fassen oder einen Eingangsbeschluss fasse, dass der Stadtrat gewillt sei gegen die unsägliche Planung sämtliche möglichen Rechtsmittel auszuschöpfen, habe er nichts dagegen einzuwenden. Sollte man jetzt einen förmlichen Beschluss haben wolle, bitte er StR Dr. Kaiser um entsprechende Mitteilung.

StR Dr. Kaiser erklärt, dass er den Antrag gestellt habe und er darum bitte, darüber einen Beschluss zu fassen.

Beschluss Nr. 210/35a
Anwesend: 35 Für: 1 Gegen: 34 den Antrag

Der von StR Dr. Kaiser gewünschte Zusatz, dass die Stadt alle Rechtsmittel ausschöpfen werde um die 3. Start- und Landebahn zu verhindern, wird in den Beschluss aufgenommen.

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Beschluss Nr. 211/35a
Anwesend: 35 Für: 35 Gegen: 0 den Antrag

Die Stadt Freising ist gewillt gegen die unsägliche Planung alle möglichen Rechtsmittel einzulegen.
Die Stadt erhebt Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss des Luftamtes Südbayern vom 26.07.2011 zum VGH München und beantragt gleichzeitig die Anordnung der aufschiebenden Wirkung dieser Klage aufgrund der nach § 10 Abs. 6 Satz 1 LuftVG gegebenen sofortigen Vollziehung.
Die Kanzlei Deißler, Krauß und Domcke wird beauftragt, die Stadt in diesem gerichtlichen Verfahren zu vertreten.

StR Drobny verlässt den Sitzungssaal.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

TOP 3 Ausschussumbesetzungen

Anwesend: 34

Der Vorsitzende teilt mit, dass am Montag ein Antrag von StR Dr. Kaiser eingegangen sei und man diesen vom Bayerischen Gemeindetag habe prüfen lassen, damit die Neutralität, wie von StR Dr. Kaiser gefordert, gewahrt bleibe.

VR Widmann berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt. Als dritte Anlage seiner Sitzungsvorlage liege der Antrag von StR Dr. Kaiser vom 14.09.2011, eingegangen bei Herrn Oberbürgermeister Dieter Thalhammer am 19.09.2011, der Beschlussvorlage bei.
Trotz dieser kurzen Zeit habe man den Sachverhalt ausgiebig durch den Bayerischen Gemeindetag prüfen können. Das Landeswahlrecht schreibe ab 01.05.2014 die Bestimmung der Ausschusssitze nach Hare-Niemeyer vor. Bis dahin gelte die derzeitige Rechtslage. Entsprechend dieser Rechtslage habe der Stadtrat in der Sitzung vom Mai 2008 in der GschOStR vom 15.05.2008 festgelegt, dass die Sitze nach dem d´Hondt Verfahren zu verteilen seien.
Bei gleicher Teilungszahl dürfe übrigens in der laufenden Wahlperiode nicht auf die Stimmenzahl zurückgegriffen werden; man hätte in diesem Fall das Losverfahren entscheiden lassen müssen. Eine Änderung der GschOStR hinsichtlich des Verteilungsverfahrens sei durchaus, wie von StR Dr. Kaiser geschrieben, möglich. In diesem Fall sei allerdings eine Änderung der GschOStR notwendig. Auf die Frage was passiere, wenn man auf Hare-Niemeyer umsteigen würde, habe der Bayerische Gemeindetag geantwortet, dass es möglich sei.

StR Drobny nimmt wieder an der Sitzung teil.

Eine Änderung dürfte allerdings niemandem seine derzeitige Rechtsposition nehmen, d.h. würde eine Partei / Wählergruppe nach dem neuen Verfahren einen der bisherigen Ausschusssitze verlieren, so habe diese Partei / Wählergruppe den Anspruch auf Beibehaltung dieser Sitze.

In der Folge müsste dann, wenn es sich rechnerisch ergeben würde, der Ausschuss entsprechend vergrößert werden. Dies betreffe natürlich nicht die Fraktionen, soweit diese durch Austritt die Mitgliederzahl verlieren.
Eine weitere Frage von StR Dr. Kaiser sei die Ausschussbesetzung gewesen. Hier müsse man streng das zweistufige Verfahren beachten. Dies sei zum ersten die Zuteilung der Sitze an die Parteien und Wählergruppen. Diese erfolgt streng nach dem Stärkeverhältnis und nach Art. 33 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO). Diesbezüglich sei „keine gütliche Einigung oder ein Kuhhandel möglich", wie er aus dem Antrag von StR Dr. Kaiser zitiert. Hier gelte die entsprechende gesetzliche Regelung wie zu verteilen sei. Anders sei es allerdings mit der Besetzung. Zur Bestimmung, wer die jeweiligen Sitze einnimmt, bestehe ein entsprechendes Vorschlagsrecht der Partei oder Wählergruppe. Die jeweilige Partei oder Wählergruppe kann jedoch entsprechend ihrem Vorschlagsrecht jederzeit auch andere Personen vorschlagen, sofern sie nur Mitglied des Stadtrates seien. Somit ergebe sich die Bestellung von Frau StRin Sahlmüller für einen der Hauptausschusssitze der Freien Wähler. Es handle sich auch nicht um eine Ausschussgemeinschaft, die Freien Wähler haben vielmehr entsprechend ihrer Berechtigung einem weiteren Mitglied des Stadtrates ihren Sitz überlassen.
Das sei kein Kuhhandel und jederzeit möglich. Das Vorschlagsrecht bestehe seitens der Wählergruppen und davon wurde auch Gebrauch gemacht.
Der Empfehlungsbeschluss des Hauptausschusses vom 19.09.2011 beinhaltet mit der Bildung der neuen Fraktion Freisinger Mitte und mit der teilweisen Ausschussumbesetzung keine Änderung der GschOStR, sondern lediglich eine Änderung der Anlagen zur GschOStR. Insofern sei nach bisheriger Beschlusslage das Verfahren nach d´Hondt anzuwenden und genauso habe man es zur Beschlussfassung vorgelegt. Er bitte um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

StR Dr. Kaiser weist darauf hin, dass er beantragt habe, die neue Ausschussbesetzung nach Hare-Niemeyer durchzuführen. Darüber werde wohl abgestimmt werden müssen. Die Rechtsauffassung seiner Partei sei eine andere und er bitte darum, ihm die vorgetragene Rechtsauffassung schriftlich zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung lautet, dass man es bei der bisherigen GschOStR belasse und damit den Antrag auf Neuverteilung der Sitze nach Hare-Niemeyer im Laufe der jetzigen Periode ablehne.

Beschluss Nr. 212/35a

Anwesend: 35 Für: 29 Gegen: 6 den Antrag

Die bisherige GeschOStR und Verteilung der Sitze nach d´Hondt wird beibehalten.

Beschluss Nr. 213/35a

Anwesend: 35 Für: 35 Gegen: 0 den Antrag

Dem Antrag StR Tobias Eschenbacher vom 13.09.2011 auf Bildung der neuen Fraktion „Freisinger Mitte" wird stattgegeben. Der entsprechenden Ausschussbesetzung wird gem. Schreiben StR Eschenbacher vom 13.09.2011 und StR Irlstorfer vom 15.09.2011 zugestimmt. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird gebeten, für die künftigen Ausschussbesetzungen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die StRe Dr. Pause, Notter, Priller und Großkopf verlassen den Sitzungssaal.

StR Arnheiter verlässt um 20:09 Uhr die Sitzung.

TOP 4 Neubau einer Kinderkrippe mit Freianlagen an der Alleestraße Vorstellung der Entwurfsplanung mit einer Variante zur Schlafplatzgestaltung und Kostenberechnung - Projektbeschluss -

Anwesend: 30

StR Notter nimmt wieder an der Sitzung teil.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Der Vorsitzende begrüsst zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Architekt Bodensteiner.

Herr Jobst berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Fischer verlässt während des Vortrages den Sitzungssaal.

StR Priller nimmt wieder an der Sitzung teil.

StR Irlstorfer verlässt den Sitzungssaal.

Herr Bodensteiner erläutert näher das geplante Vorhaben anhand einer Präsentation, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Dr. Pause nimmt wieder an der Sitzung teil.

StR Frankl verlässt den Sitzungssaal.

Ausführlich erläutert Herr Bodensteiner die Planung für die Schlafmöglichkeiten (Schlafkojen und Stockbetten). Dabei zeigt er anhand der Präsentation auch eine Variante für Stockbetten.

Die StRe Fischer und Frankl nehmen wieder an der Sitzung teil.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Bodensteiner für dessen Vortrag.

StRin Heinlein-Zischgl fasst zusammen, dass bei der Variante 1 mit den Schlafkojen der Gruppenraum 35,5 m² groß sei. Bei Variante 2 mit den Etagenbetten sei der Gruppenraum nur mehr 28,0 m² groß. Die Spielfläche wäre in diesem Fall sehr klein und würde zu Lasten der Kinder gehen.

StRin Kammler verlässt den Sitzungssaal.

Weiterhin möchte StRin Heinlein-Zischgl darauf hinweisen, dass dies eine Maßanfertigung sei und es durchaus möglich sei, dass es Abweichungen gebe. Sie habe sich heute auch mit dem Fachpersonal unterhalten und dieses spreche sich eindeutig für Variante 1 mit den Schlafkojen aus.

StRin Bönig teilt mit, dass man den Anspruch bis zum Jahr 2013 erfüllen müsse und man befinde sich ihrer Meinung nach auf einem guten Weg. Die Gestaltung der Betten wurde mit dem Personal abgestimmt, trotz allem halte sie die Lösung für nicht gelungen und nach wie vor nicht für kindgerecht. Grundsätzlich stimmt sie der Planung der Krippe zu.

StRin Schwaiger berichtet, dass die Fraktionen am 16.08.2011 einen Alternativvorschlag erhalten haben, dem man zustimmen oder ablehnen solle.
Das Ergebnis sei allerdings in der Beschlussvorlage nicht ersichtlich. Der Fraktionsvorsitzende habe darauf gedrängt darüber abzustimmen, weil man sich dann eine weitere Sitzung ersparen könne.

Der Vorsitzende antwortet, dass ihm ein Schreiben mit einer derartigen Formulierung nicht bekannt sei. Ihm sei lediglich ein Schreiben bekannt, wonach den Fraktionen die Pläne zugestellt worden seien und die Entscheidung heute gefällt werden soll.

StRin Schwaiger widerspricht und verliest den Wortlaut des Anschreibens. Man habe einen Alternativplan erhalten und diesen habe man für besser befunden, weil die Fläche größer sei und weil dieser Plan einzelne Stockbetten enthalte. Ihre Partei werde dem jetzt vorgestellten Vorschlag nicht zustimmen. Weiter habe sie gestört, dass Vertreter des Referats 3 und das Amt für Jugend und Familie beim Landratsamt dies so beschlossen haben.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Der Vorsitzende antwortet, dass dies lediglich die Stellungnahmen der Fachbehörden seien und daher auch mitgeteilt wurde, dass sich die Fachbehörden eher für die Schlafkojen aussprechen. Außerdem sei es StRin Schwaiger bekannt, dass die Entscheidung dem Stadtrat obliege.

StR Fiedler möchte wissen, ob die Verdunkelung und Belüftung des Raumes elektrisch erfolge.

StR Bauer verlässt den Sitzungssaal.

Herr Bodensteiner antwortet, dass aufgrund des kleinen Raumes, eine direkte Belüftung erforderlich sei. Eine Verdunkelung wird selbstverständlich vorgesehen.

Bgm. Zierer bittet darum, den Beschlussvorschlag zu trennen. Man habe es sich nicht leicht gemacht. In einer bereits abgehaltenen Fraktionssitzung habe man sich für die andere Variante entschieden. Selbstverständlich halte man den Bau der Kinderkrippe für notwendig, allerdings könne man der vorgeschlagenen Bettenlösung nicht zustimmen.

Der Vorsitzende antwortet, dass er dem Antrag der Fraktion Freie Wähler nachkommen wolle und zunächst darüber abstimmen lassen werde, ob man bei der weiteren Planung die Schlafkojen oder die Stockbetten verwenden werde.

StR Dr. Hierl weist darauf hin, dass für den Fall, dass man für die Variante mit den Stockbetten stimme, sich der gesamte Platzbedarf verändere. Er bitte daher um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschluss Nr. 214/35a

Anwesend: 30 Für: 19 Gegen: 11 den Antrag

Für die Schlafplatzgestaltung wird die Lösung mit den sogenannten Schlafkojen (Variante 1) weiter verfolgt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Beschluss Nr. 215/35a

Anwesend: 30 Für: 30 Gegen: 0 den Antrag

A) Die Entwurfsplanung einschließlich der Kostenberechnung in Höhe von ca. 2,48 Mio Euro wird genehmigt und zur weiteren Bearbeitung frei gegeben. Die Baumaßnahme wird als Projekt beschlossen.

B) Das Planungsteam (Architekten und Fachplaner) wird nach HOAI mit den weiteren Planungsstufen stufenweise beauftragt.

StR Dr. Hierl verlässt den Sitzungssaal.

TOP 5 Generalsanierung Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6
Bereitstellung Serverraum / Verlagerung EDV-Abteilung /
Unterbringung von Archivräumen
Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung

Anwesend: 29

Herr Jobst berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

Die StRe Bauer, Kammler, Großkopf und Irlstorfer nehmen wieder an der Sitzung teil.

StR Dr. Schwarzer und StRin Heinlein-Zischgl verlassen den Sitzungssaal.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Beschluss Nr. 216/35a

Anwesend: 31 Für: 31 Gegen: 0 den Antrag

1. Die Schaffung eines neuen Serverbereiches im Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6 mit Verlagerung der EDV Abteilung in das Verwaltungsgebäude Amtsgerichtsgasse 6 wird als Projekt beschlossen.
2. Die zusätzlichen Kosten hierfür in Höhe von ca. 80.000,00 € werden genehmigt.
3. Diese werden von der Haushaltsstelle 1.0682.9456 auf die Haushaltsstelle 1.0689.9401 umgeschichtet.

StR Dr. Hierl nimmt wieder an der Sitzung teil.

TOP 6 Generalsanierung VHS in Freising (Gebäude)
Zusätzliche Kosten für Blend- und Sonnenschutzanlagen
Mittelbereitstellung durch Mittelumschichtung
Anwesend: 32

Der Vorsitzende informiert die Anwesenden über die Einweihung des VHS-Gebäudes am kommenden Freitag. Alle Stadträte seien zur Einweihung herzlich eingeladen.

Herr Jobst berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Schwarzer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Jobst berichtet weiter, dass sich das Gebäude hinsichtlich seiner Struktur deutlich verbessert habe.

StR Frankl möchte wissen, warum man nicht schon im Vorfeld gewusst habe, dass man diese 40.000,00 € benötige. Es sei ihm rätselhaft, dass man dies bei den Planungen nicht bereits berücksichtigt habe.

Der Vorsitzende antwortet, dass man davon ausgegangen sei, dass dies eine Einrichtung des Mieters sei. Im weiteren Verfahren habe man sich dann allerdings davon überzeugen lassen, dass diese Maßnahmen bauseits zu stellen seien.

StR Dr. Hierl bedankt sich für das schnelle Vorankommen bei diesem Bauvorhaben. Ebenso begrüsst er die genannte Maßnahme. In diesen Gebäuden sei es leider notwendig, dass man jeden Morgen manuell lüfte, um eine Schimmelbildung zu vermeiden. Durch die Freistellung und Wärmedämmung kam es leider dazu, dass teilweise 50 Grad in dem Gebäude gemessen wurden. Aus diesem Grund sei es zwingend notwendig, die Maßnahme durchzuführen.

StRin Bönig schließt sich ihrem Vorredner an. Sie bitte außerdem darum, bei künftigen Planungen auch an den Sonnenschutz zu denken.

StR Priller geht davon aus, dass der Sonnenschutz nun innen angebracht wird, weil er von außen nicht mehr angebracht werden kann.
Wenn der Sonnenschutz von innen angebracht wird, habe man lediglich einen Blendschutz, denn die Wärme sei dann bereits im Hause. Er weise darauf hin, dass man bei künftigen Projekten darauf achten sollte, den Sonnenschutz bereits von außen anzubringen.
Der Vorsitzende antwortet, dass man dies auf Antrag von StRin Bönig bereits für zukünftige Fälle berücksichtigt habe.

Beschluss Nr. 217/35a

Anwesend: 33 Für: 33 Gegen: 0 den Antrag

Die zusätzlichen Kosten für den Einbau der Sonnen- und Blendschutzanlage in Höhe von brutto ca. 40.000,00 € werden genehmigt. Diese werden von der Haushaltsstelle 1.2110.9680 (PV-Anlage Vötting) auf die Haushaltsstelle 1.8801.9460 (Generalsanierung VHS) umgeschichtet.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

TOP 7 **Westtangente Freising**
- Projektbeschluss -
Anwesend: 33

Herr Piller berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StRin Heinlein-Zischgl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Herr Piller weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die entsprechenden Haushaltsmittel für die geplante Westtangente ab dem Jahr 2012 im Haushalt eingestellt werden müssen, d.h. aber auch die Einnahmen, und ggf. müsse man diese auch fortschreiben.

Wichtig sei auch, dass nicht nur die Investition eine große Rolle spiele, sondern man habe auch in den bisherigen Diskussionen derart verdeutlicht, dass bei einer abschließenden Beschlussfassung auch die künftige Unterhaltung eine sehr wichtige Rolle spielen werde. Bisher habe man auch nur mündlich formulierte Zusagen, vor allem bzgl. der Zuschusshöhe, und keine schriftliche Bewilligung. Daher wisse man auch noch nicht wie hoch die tatsächlichen zuwendungsfähigen Kosten seien. Das selbe müsse man leider von einem möglichen Fördersatz mitteilen.
Die Verwaltung gehe davon aus, dass man mit der prozentualen Förderung und einem Bewilligungsbescheid Sicherheit habe, was man tatsächlich an Förderungsprozenten bei der Summe X zu erwarten haben. Wenn letztendlich die Einflussgrößen bekannt seien, der Landkreis beteiligt und auch die Fortschreibung der möglichen Projektkosten erfolgt sei, dann erst sei eine abschließende Beschlussfassung im Stadtrat möglich.
Das Projekt müsse man im ersten Bereich des Beschlusses in dieser Form formulieren, wenn man davon ausgehe, dass die 76,6 Mio. € für die Zuschussbeantragung und noch 2011 die Größe der Maßnahme fixieren werden sollen. Das GVFG-Programm sei nur ein Teil aus dem gesamten gesetzlichen Zuschussthema. Das Programm in Bayern leite sich daraus ab.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Herr Piller verdeutlicht nochmals die derzeitige Zuschusssituation und die zu erwartende Entwicklung in diesem Bereich.
Insofern sei es das Ansinnen der Verwaltung,nun möglichst zügig die Fakten schriftlich zu erhalten. Wie man inzwischen in Erfahrung gebracht habe, seienür das GVFG-Programm in Bayern 2011 ca. 110 Mio. € bis 120 Mio. € in den Haushalt eingestellt woren. Derzeit sei weder ihm selbst noch dem Oberbürgermeister in Bayern ein Großprojekt bekannt und daher sei dies ein sehr wichtiger Ansatz, noch in diesem Jahr einen Antrag zu stellen. Wenn alle Fakten geklärt seien, werde man dies in einer abschließenden Beschlussfassung im Stadtrat beschließen.
In Sachen Förderung habe er in seinem Sachbericht nicht nur das GVFG-Programm angesprochen. Auch wenn er das GVFG-Programm zitiert habe, hänge die Zuschusshöhe nicht nur hiervon ab, in Bayern gebe es auch ein FAG-Programm und er hoffe auch hieraus eine Förderung zu erhalten. Die größte Einflussgröße sei das GVFG-Programm für neue Projekte im Jahr 2011.

StRin Eberhard verlässt den Sitzungssaal.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

StR Frankl hält die vorgeschlagene Vorgehensweise für richtig und bedankt sich in diesem Zusammenhang bei Herrn Piller für die geleistete Arbeit. Auch er halte den Projektbeschluss, der heute gefasst werden soll, für notwendig um die Westtangente zeitnah umzusetzen und die entsprechende Förderung zu erhalten. Besonders betonen wolle er, dass man das Projekt nur umsetzen sollte, wenn klar sei, dass man sich das Projekt auch leisten könne.
Außerdem gebe es auch noch andere Projekte, die auch weiterhin verfolgt werden müssen.

StR Dr. Maguhn verstehe zwar die Eile, allerdings müsse er gestehen, dass er die Argumente von Herrn Piller nicht nachvollziehen könne. Er würde gerne wissen, wie er die 16 Mio. € Investitionskosten errechnet habe. Alle bisher bekannten Berechnungen haben ein deutlich höheres Ergebnis geliefert.

StRin Eberhard nimmt wieder an der Sitzung teil.

Ihn halte weiterhin von einer Zustimmung ab, dass die Beteiligung an der Kreisumlage noch nicht enthalten sei. Auch hier plädiere er dafür, dass vorab erst einmal Zahlen vorgelegt werden, bevor man heute einen Beschluss fasse. Ein weiterer Punkt, seien die Unterhaltungskosten, bei denen nicht geklärt sei, wer diese bezahle. Er sei der Meinung, dass man die Stadt Freising durch den Bau der Westtangente in eine schwierige finanzielle Situation bringe, die für Freising gar nicht kalkulierbar sei.
Weiterhin sollte man sich darüber im Klaren sein, dass durch den Bau der Westtangente viele andere Projekte nicht mehr durchgeführt werden können. Freising werde gegen Ende des Jahres einen Schuldenstand in Höhe von 120.000.000,00 € aufweisen. Ihm sei nicht klar, wie Freising neben der Westtangente noch das Eisstadion, die Innenstadtentwicklung, die Sanierung des Asamkomplexes oder auch die Maßnahmen an den Isarauen umsetzen wolle. Fraglich sei in seinen Augen auch der Bedarf der Westtangente. Die Planungen der Westtangente liegen bereits mehr als 30 Jahre zurück. Im Planfeststellungsbeschluss werde wenig überzeugend dargelegt, dass die Westtangente massiv zur Verkehrsentlastung der Freisinger Innenstadt beitrage. Er sei eher vom Gegenteil überzeugt, denn neue Straßen erzeugen auch neuen Verkehr.

Das Freisinger Moos werde durch Abgasemissionen und Lärmemissionen belastet. Dadurch gehe das Naherholungsgebiet Freisinger Moos endgültig verloren. Man habe beschlossen den ÖPNV zu stärken. Inzwischen habe man ein neues Bussystem bzw. einen neuen Busfahrplan eingeführt, der sehr gut angekommen sei.
Der Großteil des Verkehrs, den man über die Westtangente leiten möchte, sei Ziel- und Quellverkehr der Stadt Freising und kein Durchgangsverkehr von Regensburg nach München. Weiterhin plane man ein Fahrradkonzept für Freising, welches auch den Gesamtradverkehr der Stadt Freising erhöhen soll. Man erhalte auch dort eine Entlastung der Straßen. Wenn man diese Vorhaben vernünftig durchführe, sei die Westtangente seines Erachtens überflüssig. Im Planfeststellungsbeschluss der Westtangente werde der Bedarf auch damit begründet, dass ein wesentlicher Teil des Ziel- und Quellverkehrs von Weihenstephan und des Fraunhofer Instituts mit dieser Umfahrung abgewickelt werden könnte. Die Stadtwerke haben eindrucksvoll belegt, dass der Bus nach Weihenstephan sehr stark angenommen werde und dass ein Großteil dieses Ziel- und Quellverkehrs mit dem öffentlichen Personennahverkehr abgefangen werden kann. Somit sei auch diese Begründung nicht stichhaltig.

StRin Schwaiger verlässt den Sitzungssaal.

Von der Kfz-Zulassungsstelle habe sich StR Dr. Maguhn einige Zahlen geben lassen, die belegen, dass die Neuzulassungen von Pkw´s sowohl in der Stadt als auch im Landkreis Freising seit einigen Jahren stark rückläufig seien.
Auch die Zahl der Führerscheinneuerteilungen seien stark rückläufig und die Zahl der aktiven Pkw´s, die in Freising zugelassen seien, stagniere. Dort werde in Zukunft aufgrund der Zahlen kein zusätzlich neuer Verkehr mehr erzeugt. Genauso wie er den Bedarf der FMG an einer 3. Start- und Landebahn anzweifle, so zweifle er auch den Bedarf der Westtangente an.
Sowohl bei der 3. Start- und Landebahn als auch bei der Westtangente habe man einen großen Anteil an Heimatzerstörung. Das Freisinger Moos werde durch dieses Vorhaben erheblich und das Naherholungsgebiet Vöttinger Weiher leicht beeinträchtigt, wodurch es auch entwertet werde.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Weiterhin bemängelt seine Partei an der FMG, dass diese nicht zukunftsfähig plane. Wachstum sei nicht unbegrenzt möglich. Genau diese Aussage treffe auch auf den Straßenverkehr zu. Insofern plädiere er dafür, die Planungen zur Westtangente nicht zu beschließen.

Der Vorsitzende antwortet, dass es nicht ganz korrekt sei, wenn man sage, dass die Verschuldung der Stadt bei 120 Mio. € liege. Dies sei dann korrekt, wenn man die Betriebe mit einrechne. Beim städtischen Haushalt sei man nur bei 79 Mio. €.

StRin Schwaiger nimmt wieder an der Sitzung teil.

Weiter führt der Vorsitzende aus, dass im Haushaltsansatz sicherlich ein höherer Betrag veranschlagt worden sei, aber man werde die vorgesehenen Kreditaufnahmen für dieses Jahr nicht in Anspruch nehmen müssen. Es werde sogar zu einer Schuldenreduktion kommen.
Bzgl. der genannten Zahlen des Landratsamtes durch StR Dr. Maguhn wolle er darauf hinweisen, dass von 2006 bis 2010 eine Steigerung der Zulassungszahlen in nicht unerheblichem Maße erfolgt sei. 2006 seien die Zulassungen von Moosburg für die Stadt Freising noch nicht enthalten. Anschließend berichtet er über die Entwicklung der genannten Zulassungen in den Jahren 2007 bis 2010.
Bzgl. des rückläufigen Pkw-Verkehrs weist er darauf hin, dass 2009 die Zahlen höher lagen als in München. Hier müsse man vor allen Dingen auch die Pkw-Anzahl / 1000 Einwohner beachten.
Weiterhin verweist er darauf, dass der rapide Abfall der Pkw-Bestandskurve nicht einer plötzlichen Änderung der Fortbewegungsgewohnheiten zuzuschreiben sei sondern der Änderung der Zählweise. Ab 2008 werden vom Kraftfahrzeugbundesamt nur mehr angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen und außerhalb der Betriebszeiten erfasst. Rückrechnungen seien nicht erhältlich und ein Vergleich mit dem Vorjahr sei daher nicht möglich. Dies stehe in der Broschüre „Landkreis Freising - Kreisdaten 2010“.

Bgm. Zierer bedankt sich für die Vorgehensweise der Verwaltung. Um einen endgültigen Beschluss zu fassen, müssen allerdings zunächst die endgültigen Kosten bekannt sein. Nur dann sei es auch möglich im kommenden Jahr einen positiven Beschluss zu fassen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Viele geplante Projekte wurden bereits angesprochen, hierzu sei eine überproportionale Förderung der Regierung notwendig und dazu seien der Beschluss des Landkreises und auch der heutige Beschluss notwendig. Nur diese Vorgehensweise habe seine Fraktion dazu bewogen, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Er wendet sich daraufhin an Dr. Maguhn mit dem Hinweis, dass man auch weiterhin versuchen werde, bei Fahrradwegen und Buskonzepten zusammenzuarbeiten, um den Verkehr in Freising besser in den Griff zu bekommen. Leider sei auch bei der Westtangente der Anschluss Vötting und Weihenstephan Mitte weggefallen, was die Entscheidung noch schwerer gemacht habe. Man sehe die Bedeutung für Freisings Innenverkehr nicht mehr für signifikant gegeben wie es am Anfang der Planung gewesen sei.
Es könne aber auch durchaus sein, dass man das Vorhaben letztendlich ablehnen werde.

Der Vorsitzende antwortet, dass er nie in Frage gestellt habe, dass man das Vorhaben ablehne, wenn es nicht realisierbar sei. Man benötige jetzt aber erst einmal die Zuschüsse und niemand werde einen Zuschuss bewilligen, wenn kein Projektvorschlag vorliege.

StR Irlstorfer fasst zusammen, dass die Westtangente in den Augen seiner Partei zu den wichtigsten Infrastrukturvorhaben zähle. Aus diesem Grund stehe man voll und ganz hinter der geplanten Westtangente. Da immer wieder die Notwendigkeit der geplanten Westtangente in Frage gestellt werde, bittet er darum auf die Freisinger Straßen zu achten, die täglich überlastet seien.
StRin Kammler wendet sich an StR Dr. Maguhn, dem wohl nicht bewusst sei, was in Freising verkehrsrechtlich los sei. Sicherlich wohne StR Dr. Maguhn günstiger und bekomme dadurch nicht mit, was viele Menschen bereits seit Jahren an Lärmbelästigungen ertragen müssen. Gerade wenn StR Dr. Maguhn vom Freisinger Moos spreche, bitte sie darum, dass er auch das Pullinger Moos berücksichtige, denn dort gebe es inzwischen ein sehr hohes Verkehrsaufkommen.

StR Drobny teilt mit, dass seine Partei die Westtangente nach wie vor als falsch abgewogen erachte und die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen. Als Vergleich verweist er auf die Erdinger Straßen, die bereits einen geschlossenen Ringschluss haben. Seiner Meinung nach sei es schlimmer durch Erding zu fahren als durch Freising. Als Fazit sehe er hier, dass die Tangente nichts gebracht habe.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Unabhängig von den Zulassungszahlen müsse man anerkennen, dass die Westtangente mit Sicherheit eine Erhöhung des Gesamtverkehrs für die Stadt Freising bringen werde. Es sei unbestritten, dass dies eine Abkürzung von der Nürnberger zur Deggendorfer Autobahn und zum Flughafen sei und damit den Schwerlastverkehr entsprechend anziehen werde. Wie das alles letztendlich aussehen werde, könne man an der Baustelle der Westtangente in Moosburg sehen.
Letztendlich müsse man sich jetzt aber entscheiden, was man will. Abzuwägen sei, ob man für die Auflösung der Staus alles andere opfern wolle. Man werde auch beim Flughafen nicht erreichen, ohne Verspätungen zu fliegen. Trotzdem argumentiere die FMG aber so, dass eine Verspätung von mehr als fünf Minuten als unzumutbar angesehen werde und daher dringend die 3. Start- und Landebahn benötigt werde. Seiner Meinung nach müsste man aufpassen, dass man nicht in die gleiche Argumentationsschiene gerate und dafür sämtliche Nachteile ausblende. Was er vermisse sei die Offenlegung der Berechnungen und er würde gerne wissen, wie die Verwaltung von 76,9 Mio. Euro auf die 16 Mio. Euro runter komme.
Wenn man sich die Kostensteigerungen bei großen öffentlichen Bauwerken ansehe, gehe er davon aus, dass man bei Fertigstellung des Projektes bei einem Betrag in Höhe von 100 Mio. Euro ankommen werde.

Weiterhin gehe er davon aus, dass man die Westtangente über die Kreisumlage mitfinanzieren müsse. Im Hinblick auf Innenstadtkonzeption und Neubau eines Hallenbades müsse man seiner Meinung nach abwägen. Er freue sich, dass einige Kollegen diesbezüglich bereits ähnlich denken. Für den Fall, dass dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zugestimmt werde, möchte er beantragen, dass ein Zusatz in den Beschluss aufgenommen werde, den er anschließend formuliert.

Der Vorsitzende entgegnet, dass er den gleichen Beschlussvorschlag bereits von StR Priller im Hauptausschuss erhalten habe. Man habe auch dort bereits mitgeteilt, dass er diese Beschlussfassung für nicht erforderlich halte, weil man sich streng an die Richtlinien der VOB bzw. an die Zuschussrichtlinien halte. Bevor kein endgültiger Beschluss vorliege könne man über die Finanzierung und die Genehmigung der Maßnahme noch keine Aussagen treffen.

Sämtliche Maßnahmen, die im Vorgriff durchgeführt werden und die die Bezuschussung in Frage stellen, werden zurückgewiesen. Man könne den gewünschten Zusatz als Hinweis zwar mit aufnehmen, aber das habe man im Hauptausschuss bereits ausführlich behandelt. Wenn die Mehrheit dafür stimme sei dies natürlich ausschlaggebend.

StR Drobny stimmt dem Vorsitzenden zu, er sei allerdings der Meinung, dass der Zusatz im Beschlussvorschlag nicht unzulässig sei und sicherlich auch nicht schaden würde.

Der Vorsitzende antwortet, dass es heute nicht um eine abschließende Beschlussfassung gehe und man auf jeden Fall aus der Formulierung des Beschlussvorschlages entnehmen könne, dass man das Thema dem Stadtrat zur abschließenden Beschlussfassung mit aktuellen und fortgeschriebenen Zahlen nochmals vorlegen werde. Es werde hier nicht über den Beginn einer Baumaßnahme zur Realisierung abgestimmt sondern nur über vorbereitende Maßnahmen.

StR Drobny bittet erneut um Aufnahme des Passus in den Beschlussvorschlag

StR Priller stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf namentliche Abstimmung.
StR Fischer erkundigt sich beim Vorsitzenden nach dem genannten FAG-Programm und bittet darum zu erläutern, um was es sich hier handle.

Herr Piller antwortet, dass es sich hierbei um das Finanzausgleichsgesetz handle.

Weiter berichtet StR Fischer, dass im Beschlussvorschlag stehe, dass die Bemühungen um höhere Zuschüsse und alternative Einnahmen weiter angestrebt werden. Man habe auch mitgeteilt, dass man telefonisch sichere Zusagen bekommen habe. Seiner Meinung nach müsse man aber erst einmal schriftliche Zuschusszusagen haben. Bisher sei immer nur die Rede von Gesprächen gewesen, die eine sichere Zuschusslage signalisieren. Dies halte er persönlich für einen sehr unguten Zustand.

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011**

Bzgl. des Hinweises auf Seite 2 wegen der Restfinanzierungssumme wolle er ergänzen, dass die förderfähigen Kosten durch den Landkreis einer abschließenden Beschlussfassung bedürfen. Er sei der Meinung, dass der Landkreis nur über förderfähige Kosten beschließe. Die Frage der Zuschussfähigkeit sei hier nur am Anfang genannt unter Zugrundelegung von Kostenparametern wie nicht zuwendungsfähige Kosten. Weiterhin merkt er an, dass er gerne auf der Beschlussvorlage das Kreuz gesehen hätte, dass Mittel nicht zur Verfügung stehen. Noch dazu halte er es für verwunderlich, dass bisher immer wieder mitgeteilt wurde, dass keine Beschlüsse unter Vorbehalt gefasst werden können und nun stehe im Beschlussvorschlag, dass man vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung usw. zustimmen werde. Zusammenfassend halte er die Westtangente auch weiterhin für ein nichtzukunftsfähiges Projekt. Die Bemühung, Staus zu vermeiden oder durch Straßenbau zu beheben, sei nicht aus der Welt zu schaffen, wenn sich gleichzeitig alles zur selben Stunde auf der Straße bewegt. Selbst die zwischenzeitlich eingeleiteten Beschleunigungsversuche durch geänderte Ampelsteuerungen und Verbreiterung der Ausfallsstraße nach Süden haben auch im Innenbereich nicht die vorgestellte Wirkung. Seiner Meinung nach werde man auch im Innenbereich weiterhin zu diesen Zeiten derartige Staus haben.

StR Dr. Maguhn weist bzgl. der Zahlen zwischen 2006 und 2007 darauf hin, dass es zwar eine Umstellung der Berechnungsgrundlage gegeben habe. Aufgrund der Zahlen der Zulassungsstelle sei aber festzustellen, dass die Zunahme des aktuellen Pkw-Bestandes im Landkreis Freising einer Sättigung zustrebe. Alle anderen Zahlen seien rückläufig. Weiterhin betont er, dass man die Westtangente nicht ablehne, weil man sie für nutzlos halte. Man möchte den Verkehr, der zu den Stoßzeiten unerträglich hoch sei, ebenso wie alle anderen abbauen. Man stelle sich dies allerdings mit moderneren Möglichkeiten vor. Gerade in diesem Bereich stelle man sich vor, den Personennahverkehr deutlich auszubauen. In den letzten drei Jahren habe das Bussystem 25 % mehr Fahrgäste gebracht. Weiterhin möchte man risikoärmere Möglichkeiten für den Radverkehr zur Verfügung stellen, um die Staus während der Stoßzeiten abzubauen.

StR Frankl teilt mit, dass es ihm wichtig sei, dass man Klarheit über die tatsächlichen Kosten bekomme. Schließlich gebe es in Freising auch andere Projekte, die man verwirklichen möchte. Natürlich sei er der Meinung, dass Freising die Westtangente benötige und seiner Meinung hätte man diese bereits vor 20 Jahren benötigt, denn dann würde es die derzeitigen Diskussionen nicht geben. Zudem wachse die Stadt Freising ständig und man sei auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Seiner Meinung nach arbeite man aber daran und daher sei er guter Dinge, dass man das gewünschte Ziel auch erreichen werde.
Darüber hinaus vertraue er auf die Zahlen von Herrn Piller, weil er davon ausgehe, dass dieser durchaus in der Lage sei, die Kosten zu berechnen. Eine endgültige Beschlussfassung werde man durchführen, sobald die Zahlen bekannt seien.

Der Vorsitzende verweist auf den Beschlussvorschlag. Wenn man keinen Beschluss fassen wolle, bräuchte man auch keine Diskussionen darüber führen, wer die Baulast übernehme. Das seien alles Dinge, die gefordert werden und die im Beschlussvorschlag bereits enthalten seien. Daher wundere er sich, dass bei jeder Beratung oder Beschlussfassung über die Westtangente wieder von vorne begonnen werde.

StR Dr. Schwarzer teilt mit, dass auch er wesentliche Bedenken gegen den genannten Beschlussvorschlag habe, die Summe, die hier im Raum stehe, sei bisher nicht belegt worden. Bisher konnte man seiner Meinung nach die Summe nicht benennen und heute stehe sie auf einmal fest, obwohl auch das geologische Gutachten noch nicht vorliege.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Beschluss Nr. 218/35a

Anwesend: 34 Für: 23 Gegen: 11 den Antrag

Namenliche Abstimmung:

Oberbürgermeister Thalhammer	Für	Schindler Ricarda	Gegen
Irlstorfer Erich	Für	Priller Helmut	Gegen
Dr. Hubert Hierl	Für	Heinlein-Zischgl Waltraud	Gegen
Frankl Anton	Für	Fischer Helmut	Gegen
Fiedler Reinhard	Für	Nast Adelheid	Gegen
Notter Florian	Für	Dr. Maguhn Jürgen	Gegen
Eschenbacher Tobias	Für	Bauer Christoph	Gegen
Lintl Maria	Für	Eberhard Rosemarie	Gegen
Pflüger Oliver	Für	Drobny Manfred	Gegen
Hölzl Johann	Für	Dr. Kaiser Eckhardt	Gegen
Kropp Ludwig	Für	Dr. Schwarzer Hubert	Gegen
Freitag Karl-Heinz	Für		
Hiergeist Johanna	Für		
Berg Ernst	Für		
Schwaiger Rita	Für		
Zierer Benno	Für		
Dr. Pause Heino	Für		
Sahlmüller Anna Maria	Für		
Bönig Eva	Für		
Weinzierl Helmut	Für		
Gmeiner Norbert	Für		
Großkopf Birgit	Für		
Kammler Heidi	Für		

Dem Projekt Westtangente Freising, entsprechend dem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss vom März 2011, wird vorerst und vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung und der bisher erwarteten Zuschüsse und Subventionen, mit einer geschätzten Projektsumme in Höhe von ca. 76,6 Mio. € zugestimmt.

– Die Verwaltung wird beauftragt:

- Den Zuschussantrag noch im laufenden Haushaltsjahr zu stellen und eine Anteils-finanzierung zu beantragen.
- Die entsprechenden Haushaltsmittel und den –bedarf in den Haushalt ab 2012 entsprechend einzustellen und ggf. fortzuschreiben.
- Die künftige Unterhaltung durch „Dritte" weiterzubetreiben.
- Nach Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn bzw. nach dem Bewilligungsbescheid durch die Regierung von Oberbayern und Beschluss des Kreistages zur Kosten-beteiligung des Landkreises das Projekt dem Stadtrat zur abschließenden Beschluss-fassung, mit aktuellen und fortgeschriebenen Zahlen, nochmals vorzulegen.

StR Dr. Pause verlässt um 21:34 Uhr die Sitzung.

Beschluss Nr. 219/35a

Anwesend: 33 Für: 33 Gegen: 0 den Antrag

Bis zur abschließenden Beschlussfassung sind keine Maßnahmen zu beginnen und/oder Verpflichtungserklärungen einzugehen, die bei einer ggf. negativen abschließenden Beschlussfassung (Schiebung oder b.a.w. Nichtrealisierung) zu einem wesentlichen Schaden für die Stadt Freising führen würden mit Ausnahme von Grunderwerb, mit Ausnahme der bereits beschlossenen Maßnahmen und mit Ausnahme der für die Zuschussgewährung erforderlichen Unterlagen.

Bgm. Zierer und die StRe Bönig, Gmeiner, Notter und Freitag verlassen den Sitzungssaal.

StR Irlstorfer verlässt um 21:35 Uhr die Sitzung.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

TOP 8 EU-Förderprogramm LEADER
Machbarkeitsstudie zur „Naherholung auf den Isarkiesbänken"
- Auswahl von Einzelprojekten zur Planung und Umsetzung innerhalb der Programmlaufzeit

Anwesend: 27

Herr Maierhofer berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.

StR Freitag nimmt wieder an der Sitzung teil.

StRin Lintl verlässt den Sitzungssaal.

In diesem Zusammenhang weist Herr Maierhofer darauf hin, dass die Machbarkeitsstudie überarbeitet und Anfang des Jahres dem Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt worden sei. Zwischenzeitlich habe sich eine Änderung bei der Förderung ergeben. Der Mittelabfluss der 60 lokalen Aktionsgruppen sei sehr schwach gewesen. Daraufhin habe sich das Landwirtschaftsministerium gezwungen gesehen, einen Sondertopf zu bilden. Dieser Sondertopf umfasse ca. 10 Mio. € und biete die Möglichkeit von Großprojekten außerhalb der 1,2 Mio. €, die jeder Aktionsgruppe zur Verfügung gestellt worden sei. Bisher hätte man nur prüfen können, was unter naturschutzfachlichen bzw. unter wasserrechtlichen Aspekten als Naherholung möglich sei. Durch die Schaffung des weiteren Topfes habe man die Möglichkeit, Maßnahmen, die weit über den Fördertopf hinaus gehen, in Angriff zu nehmen. Als Ergebnis der Machbarkeitsstudie habe sich ein Maßnahmenpaket ergeben, mit einem Zonenkonzept in den Bereichen der Stadt Freising und der Mitgliedsgemeinden Marzling und Langenbach, desweiteren mit einem Seitenzweig der Isar, der der Naherholung dienen solle, und zwei Stegen, die im Bereich der Luitpoldanlage und der Savoyer Au den Stadtteil Lerchenfeld und die Stadt Freising verbinden sollen.

StR Gmeiner nimmt wieder an der Sitzung teil.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Herr Maierhofer berichtet weiter, dass gem. Leadervorschriften eine Planung nicht separat gefördert werden könne. Da eine Planung in dieser Größenordnung aber mehrere tausend Euro in Anspruch nehme, sei es für die Verwaltung sehr wichtig zu wissen, wie die Politik über diese möglichen Projekte denke. Wenn man Planungskosten für einen Steg ausgebe, der letztendlich nicht verwirklicht werde, habe man die Mittel in den Wind gesetzt. Man benötige Planungssicherheit zur Sicherstellung, dass eine Absicht auf Verwirklichung bestehe. Seit Anfang des Monats liegen nun auch belastbare Zahlen vor, die einer Kostenannahme zu Grunde liegen. Das Zonenkonzept diene momentan mehr der Lenkung der Besucher.

StRe Notter und Lintl nehmen wieder an der Sitzung teil.

Herr Maierhofer führt seinen Bericht anhand der Sitzungsvorlage fort.

StR Fischer verlässt den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich der Planungsausschuss in der gestrigen Sitzung mit diesem Thema ebenfalls auseinandergesetzt habe. Der Ausschuss habe gegen zwei Stimmen für den Beschlussvorschlag gestimmt.

StR Frankl ist der Meinung, dass man mit dem Leaderprojekt dem Naherholungsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger einigermaßen gerecht werden könne. Wenn man die Möglichkeit habe, Fördermittel von rund 1.000.000,00 € zu erhalten, sollte man das Projekt auch verwirklichen. Mit den Radwegstegen, die der größte Kostenfaktor seien, könne man das Radwegkonzept auf alle Fälle attraktiver gestalten. Seiner Ansicht nach sollte die Verwaltung versuchen, das Projekt durchzusetzen und die Haushaltsmittel für die nächsten Jahre entsprechend einzustellen. Er dankt in diesem Zusammenhang Herrn Maierhofer für die geleistete Arbeit. Gerade in Sachen Leaderförderung habe Herr Maierhofer bereits gute Erfahrungen, was er auch schon am Vöttinger Weiher gezeigt habe.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Bgm. Zierer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Auch StR Drobny stimmt StR Frankl zu und teilt mit, dass die Isarauen als Erholungsfläche durchaus offen sein sollten. Er sei allerdings skeptisch, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen den ökologischen Verpflichtungen gerecht werden. Sicherlich könne man beides miteinander verbinden, allerdings sollte der Weg ein anderer sein.
Nach der Erderwärmung sei der Verlust der biologischen Vielfalt als das zweitwichtigste Problem der Menschheit anzusehen. Um dem entgegenzuwirken habe die EU den Mitgliedsstaaten ein kohärentes Netz an Schutzgebieten auferlegt. Die Isar sei vor allen Dingen gut geeignet, weil es ein durchgehendes grünes Band sei, das vorrangig der Artenvielfalt und damit unmittelbar dem Menschen nütze. In diesem Zusammenhang wendet er sich an StRin Kammler. Der Wert der Güter und Dienstleistungen der Biodiversität sei durch amerikanische Ökonomen berechnet und höher als der Wert des Bruttosozialproduktes. Damit seien die Prioritäten festgelegt und man sollte dies auch nicht zerstören.

StRin Bönig nimmt wieder an der Sitzung teil.

Ihm sei auch nicht klar, warum z. B. in der südlichen Ruhezone Bootsfahren und Anlanden möglich sein sollte, das Sonnenbaden aber nicht. In der östlichen Ruhezone um Langenbach soll dann allerdings das Anladen an der Brücke in Oberhummel nicht möglich sein. Er habe das Gefühl, dass die Planung nicht richtig durchdacht wurde. Sicherlich handle es sich hier nur um eine Machbarkeitsstudie, allerdings wenn der Planer hier bereits seit zwei Jahren darüber nachgedacht habe, hätte er sich ein besseres Ergebnis davon erwartet.

Aus naturschutzfachlicher Sicht habe er den Eindruck, dass man dies nach Gemeindegebiet und nicht nach ökologischen und sinnvollen Kriterien eingeteilt habe. Bzgl. der Erlebniszone in Freising sehe er die Gefahr, dass dies dazu führe, dass die Leute, die an der mittleren Isar grillen wollen, dann wieder nach Freising fahren. Diesem Problem müsse man sich seiner Meinung nach stellen. Natürlich sei ihm auch klar, dass Niederhummel nicht begeistert sein werde.

Wenn man Aktivitäten, wie das Grillen, entlang der Brücken und Zugänge zulassen würde, hätte er keine Bedenken dagegen. Problematisch sei es aber, wenn man mit Infrastruktur anfängt. Die Isar sei nun mal ein reißender Fluss, der immer wieder Hochwasser führe. In diesen Fällen müsste man die Maßnahmen alle fünf Jahre wieder neu aufbauen. Daher sei er der Meinung, dass das Leitbild eher ein anderes sei.

StR Fischer nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bzgl. des Flauchers denkt StR Drobny, dass dies eine gute Idee sei, die man weiterverfolgen sollte. Er sei allerdings der Meinung, dass es so, wie es jetzt geplant sei, nicht funktionieren könne und man es sicherlich auch günstiger erstellen könne als mit den hier veranschlagten 750.000,00 €. Man denke hier immer sofort an das Münchner Vorbild. Dort sei die Isar allerdings in eine Art Korsett gezwängt und man habe sie entsteint. In Freising sei sie eigentlich frei und nun möchte man aber wieder einen Kiesstrand bauen und damit die Isar versteinen. Dies mache in seinen Augen keinen Sinn. Dass man die Außenseite schützen müsse, um den Damm zu sichern, das sei unbestritten. Ansonsten müssen die Kiesbänke in diesem Bereich aber beweglich sein, weil sie sonst zuwachsen. So wie der Arm mit dem geringen Durchfluss jetzt angelegt sei, werde es wahrscheinlich dort ziemlich schnell schlammig und voller Algen werden. In Strömrichtung am Ende eine Mauer zu errichten, sei für ihn nicht nachvollziehbar, denn da habe der Planer wohl keine Ahnung. In diesem Zusammenhang verweist er auf StR Frankl als Feuerwehrkommandant, dem sicherlich bekannt sei, dass man im Falle von Hochwasser in Kürze eine 10 Meter hohe Treibholzwand habe. Aus diesem Grund bitte er um Überprüfung der bisherigen Planungen. Bzgl. der Stege könne er einen Nutzen erkennen.

StRin Schwaiger verlässt um 21:52 Uhr die Sitzung.

Aus Sicht von StR Drobny müsse aber trotzdem eine Abwägung des Kosten-/Nutzen-verhältnisses stattfinden. Er könne sich vorstellen, dass dies z.B. bei dem Steg in der Savoyer Au funktioniere, allerdings nicht bei dem Steg in Neustift.

Abhängig von der naturschutzrechtlichen Möglichkeit, den südlichen Steg zu verwirklichen, sei er der Meinung, dass man andere Maßstäbe ansetzen müsse.

StR Gmeiner teilt mit, dass er zwar kein Fachmann in diesem Bereich sei, aber es liege hier eine Machbarkeitsstudie vor und es sei auch ein lang gehegter Wunsch, den Isarraum aufzuwerten. Nun habe man die Möglichkeit über das Leaderprojekt, daher bitte er um Zustimmung.

StR Dr. Maguhn antwortet, dass dies seit vielen Jahren bereits gewünscht sei, insofern wolle er sich StR Drobny hinsichtlich des Zonenkonzeptes anschließen. Er halte dies für überflüssig, da die Nutzung der Auen seiner Meinung nach vernünftig laufe. Warum solle man etwas ändern, was sehr gut funktioniere. Natürlich müsse man ordnungsrechtlich etwas tun in diesem Bereich und Feiern etc. überprüfen. Auch bei der intensiven Diskussion im Planungsausschuss habe er sich gegen den Isarsteg Neustift ausgesprochen. Anschließend habe er sich allerdings noch einmal die Karte von Freising angesehen und mit einigen Lerchenfeldern gesprochen, die die verkehrliche Bedeutung des Steges sehr hoch bewertet haben. Er würde daher jetzt auch dem zweiten Steg zustimmen, natürlich nur unter der Bedingung, dass eine sehr gründliche und objektive naturschutzfachliche Prüfung durchgeführt werde. Wie Herr Drobny bereits erwähnt habe, sei die Biodiversität ein ganz entscheidendes Thema, daher müsse unabhängig davon geklärt werden, ob der Steg dort an der passenden Stelle sei. Auch wenn Fördermittel für dieses Projekt zur Verfügung stehen, erinnert er daran, dass trotzdem
1-2 Mio. € aufgebracht werden müssten.

Bgm. Zierer freut sich darüber, dass sich Dr. Maguhn nun auch für die beiden Isarstege ausspreche, denn gerade in Bezug auf die Westtangente habe er explizit hervorgehoben, dass man die Radwegeverbindungen in Freising ertüchtigen müsse. Nur so komme man dahin, dass die Leute mehr die Räder nutzen. Dies sei ein wichtiger Grund, um die Planungen weiter zu verfolgen. Beim Zonenkonzept könne man sicherlich geteilter Meinung sein, aber auch beim Thema Flaucher sei es so, dass man seit Jahren fordere, mehr Freizeiträume für die Jugend zu schaffen.

Er befürchte nicht, dass man hier etwas schaffe, das dann für 10 oder 15 Jahre gleich aussehen werde. Es dürfe sich auch verändern, denn nur so sei es auch für die Jugend interessant. Man müsse den Jugendlichen hier in Freising auch Freiräume bieten, wo sie sich aufhalten und auch Abenteuer erleben können.

StR Freitag stellt fest, dass StR Drobny wohl Unterlagen zur Verfügung gestanden seien, die ihm nicht bekannt waren. Daher würde er auch der Forderung von StR Drobny Nachdruck verleihen, dass man die Bereiche des Flauchers nicht durch einen harten Verbau einschränke, da ansonsten die Verschiebung der Kiesbänke nicht mehr gewährleistet sei.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Anregungen von StR Drobny nicht daher kommen, dass ihm mehr Informationen seitens der Stadt Freising vorlagen. Wenn er natürlich mehr Informationen vom Bund Naturschutz habe, dann sei dies sehr positiv zu werten. Man habe im Planungsausschuss mitgeteilt, dass diese Informationen in den weiteren Planungen berücksichtigt werden.

StR Dr. Hierl begrüsst die Maßnahme sehr, aber er bedauere, dass zwischen den Sitzungen keine Zeit gewesen sei, sich damit kritisch auseinanderzusetzen. Er würde es begrüßen, wenn StR Drobny seine Informationen zur Verfügung stellen würde.

StR Kropp erkundigt sich danach, ob sich die Gemeinden Marzling und Langenbach an diesem Projekt beteiligen, und, ob diese auch ein Einspruchsrecht haben, falls sie sich nicht beteiligen.

Herr Maierhofer antwortet, dass man am Anfang mit allen Gemeinden im Leadergebiet gesprochen habe. Seitens der Gemeinden Hallbergmoos und Neufahrn habe kein Interesse bestanden. Die Gemeinden Marzling und Langenbach haben Bedarf und einen Lösungsansatz gesehen und sich an der Machbarkeitsstudie beteiligt. Sicherlich werden sich die Gemeinden nicht an den Maßnahmen beteiligen, die wir auf Freisinger Stadtgebiet errichten. Man sei nun mit der Machbarkeitsstudie am Ende eines Verfahrensschrittes angelangt, jetzt löse sich das Ganze in Einzelprojekte auf.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Der Vorsitzende wendet sich an StR Drobny und merkt an, dass dieser in der gestrigen Sitzung beantragt habe, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen. Anschließend erkundigt er sich, ob dies auch heute so gehandhabt werden soll oder ob man über den gesamten Teil abstimmen könne.

StR Drobny bittet darum getrennt abzustimmen.

Herr Maierhofer ergänzt bzgl. des kritisierten Zonenkonzepts, dass das Zonenkonzept - so wie es als Entwurf Mitte des Jahres den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurde - noch nicht ganz fertig sei. Er wolle auch nicht abstreiten, dass bzgl. der Darstellung einige Schwächen vorhanden seien. Dies wurde dem Planungsbüro auch zwischenzeitlich mitgeteilt.
Trotz allem sehe man das Zonenkonzept in der Summe als einen wichtigen Baustein des Ganzen. Es sei auch nicht so, dass man nur innerhalb der Verwaltung mit dem Planungsbüro gesprochen habe, sondern man sei auch bei mehreren Veranstaltungen mit den zuständigen Fachbehörden zusammen gewesen, dort habe man dies durchaus positiv beurteilt. Es sei zwar nur ein kleiner Teil, wenn man es finanziell betrachte, dieser habe aber auch seine Bedeutung für die Besucherlenkung in diesem Gebiet.

StR Drobny teilt mit, dass er in Kontakt mit dem Forst-, Wasserwirtschaftsamt und der Regierung von Oberbayern sei und diese haben sich durchaus skeptisch geäußert. Er wolle damit sagen, dass viele Maßnahmen einer genaueren Prüfung bedürfen, ob sie naturschutzrechtlich verträglich seien.

Der Vorsitzende antwortet, dass es aus diesem Grunde auch eine Machbarkeitsstudie gebe. Wenn man in die Detailplanungen einsteige, werde man die Details mit den Fachbehörden konkret besprechen.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Beschluss Nr. 220/35a

Anwesend: 31 Für: 22 Gegen: 9 den Antrag

Das Zonenkonzept Isarauen in Freising, Marzling und Langenbach soll im Rahmen des EU-Förderprogramms Leader umgesetzt werden.

Beschluss Nr. 221/35a

Anwesend: 31 Für: 31 Gegen: 0 den Antrag

Ein neuer Isarseitenzweig für Gewässerökologie, Aue und Erholung (sog. „Freisinger Flaucher") soll im Rahmen des EU-Förderprogramms Leader umgesetzt werden.

Beschluss Nr. 222/35a

Anwesend: 31 Für: 31 Gegen: 0 den Antrag

Der Isarsteg Savoyer Au – Seilerbrückl Nord soll im Rahmen des EU-Förderprogramms Leader umgesetzt werden.

Beschluss Nr. 223/35a

Anwesend: 31 Für: 28 Gegen: 3 den Antrag

Der Isarsteg Schwabenau – Neustift soll im Rahmen des EU-Förderprogramms Leader umgesetzt werden.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Beschluss Nr. 224/35a

Anwesend: 31 Für: 28 Gegen: 3 den Antrag

Die Einzelprojekte

1) Zonenkonzept Isarauen in Freising, Marzling und Langenbach
2) Neuer Isarseitenzweig für Gewässerökologie, Aue und Erholung (sog. „Freisinger Flaucher")
3) Isarsteg Savoyer Au – Seilerbrückl Nord
4) Isarsteg Schwabenau – Neustift

sollen im Rahmen des EU-Förderprogramms Leader umgesetzt werden.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufträge für die erforderlichen Planungen zu erteilen, die notwendigen Verfahren einzuleiten und die Förderanträge zu stellen.
Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von ca. 4 Mio. Euro werden in den Jahren 2012 bis 2015 in den Haushalt aufgenommen.

Der Vorsitzende erkundigt sich bei StR Dr. Kaiser, warum er bei den Einzelabstimmungen jeweils dafür gestimmt habe und jetzt bei der Gesamtabstimmung dagegen stimme. Er wolle wissen, ob es sich hierbei um einen Irrtum handle.

StR Dr. Kaiser verneint dies.

StR Eschenbacher verlässt den Sitzungssaal.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Entgegen der Tagesordnung schlägt der Vorsitzende anschließend vor, den Tagesordnungspunkt General-von-Stein Kaserne – Ausschreibung Wohnen, aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen, da im unmittelbaren Anschluss der Sitzung des Hauptausschusses Informationen an die Presse gelangt seien und diese sich bereits bei ihm informiert habe. Er habe der Presse daraufhin auch entsprechende Informationen gegeben.

Aus der nichtöffentlichen Tagesordnung übernommen:
Grundstücksangelegenheiten
a) General-von-Stein-Kaserne
- 1. Tranche Wohnbauflächen
Anwesend: 30

OVRin Hagl berichtet über den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage, welche der Erstschrift des Protokolls in der Anlage beiliegt.
Ihr sei aufgefallen, dass der Eindruck entstehe, dass es sich hier um einen städtebaulichen Wettbewerb handle, was nicht der Fall sei. Es handle sich um eine reine Grundstücksvergabe, die lediglich in der Weise abgewickelt wird, dass neben dem Preis auch städtebauliche Kriterien bei der Vergabe eine Rollen spielen sollen.

StRin Eberhard verlässt den Sitzungssaal.

OVRin Hagl bittet anschließend Herrn Baumann darum, den aktuellen Sachstand zum Bebauungsplan vorzutragen.

Herr Baumann teilt mit, dass der Planungssausschuss den geänderten Bebauungsplan zur Auslegung beschlossen habe. Vorgesehen sei, dass in der Dezembersitzung die Satzung beschlossen werde. Parallel hierzu werde momentan an den Planstraße 100 und 101 gearbeitet. D.h. im Frühjahr 2012 können der Supermarkt und die Wohnbebauung realisiert werden.

OVRin Hagl führt weiter aus, dass es um die Rahmenbedingungen der Ausschreibung gehe, die man formulieren wolle. Grundsätzlich gehe es heute um zwei Schwerpunkte, die zu bestimmen seien. Innerhalb der Verwaltung habe man sich intensiv damit auseinandergesetzt wie man das erste Los strukturieren könne, um auch der Nachfragesituation gerecht zu werden.

StR Fiedler verlässt den Sitzungssaal.

Man müsse sich hier, lt. OVRin Hagl, damit auseinandersetzen, wie man das Los strukturiere und welche Vergabeart man wählen möchte.

StRin Eberhard nimmt wieder an der Sitzung teil.

Anschließend erläutert sie die bisher durchführten Verfahren. Man habe sich auch intensiv mit der Frage befasst, ob es möglich sei, das Los zu trennen. Es sei so, dass man eine entsprechende Größeneinheit benötige, um entsprechende Anleger anzusprechen. Vor allem dürfe man aber auch keine „Rosinenpickerei" gestatten.

StR Eschenbacher nimmt wieder an der Sitzung teil.

Daher habe man sich lt. OVRin Hagl nach vielen Überlegungen dazu entschlossen, der grundsätzlichen Empfehlung, die bereits in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Firma Wüst und Partner ausgesprochen wurde, zu folgen und die Losbildung entlang der Erschließungsstraßen Planstraße 101 bis 104 vorzunehmen. Zielsetzung wäre, jeweils pro Jahr mit einem Los an den Markt zu gehen. Das erste Los umfasse, beginnend mit dem Angerhaus, das sich zur Planstraße 100 orientiere, die gesamte Bebauung entlang Planstraße 101. Anders als in den Gutachten beschrieben, sehe sie im ersten Los unterschiedliche Lagequalitäten, auch im Hinblick auf die gesamte Restbebauung, so dass man überlegt habe, dieses erste Los nochmals aufzusplitten. Sie erläutert anschließend die Vorzüge der verschiedenen Einheiten des Grundstückes.

StR Hölzl verlässt den Sitzungssaal.

Lt. OVRin Hagl haben alle weiteren Grundstücke eine andere Wirkung. Da man der Meinung sei, dass es dadurch eine differenzierte Nachfrage gebe und das Los B dadurch noch eine sinnvolle Einheit bilde, habe man sich dazu entschlossen, das Los zu trennen. In diesem Fall gebe es sicherlich auch verschiedene Bewerbungen und es müsse nicht immer der klassische Bauträger den Zuschlag erhalten. So ergäben sich drei Varianten der Gebotsabgabe. Entweder gebe es die Möglichkeit auf Einheit A oder auf Einheit B oder auf beide Einheiten zu bieten.

Anders als bei der durchgeführten Ausschreibung des Sondergebiets wolle man aktuell das Verfahren nicht ein-, sondern zweistufig betreiben. Im ersten Schritt müssen die Bewerber unter Anerkennung der gesamten Ausschreibungsbedingungen, also auch der Zuschlagskriterien, ein Preisangebot abgeben. Aufgrund des Preisangebots würden dann im ersten Schritt die fünf Höchstbieter ausgewählt, mit denen man dann in einen Investorenwettbewerb gehe.
Hier bilde man eine Matrix, die nach Preis und Städtebau aufgebaut sei und die man, wie bereits im Hauptausschuss vorgetragen, bewerte. Betonen möchte sie an dieser Stelle erneut, dass es hier primär um eine Grundstücksangelegenheit gehe und nicht um einen Städtebauwettbewerb. Der Hauptausschuss habe empfohlen, die Wertungskriterien Preis zu Städtebau mit 55 / 45 % zu bewerten. In diesem Zusammenhang werde es ein Bewertungsgremium geben müssen, das man auch bereits vorgeschlagen habe.
Anhand der Hauptkriterien Städtebau, Freiflächengestaltung, Wohnungsmenge und Wohnungsgrundrisse, Architektur und energetisches Konzept werde dieses Gremium dann einen entsprechenden Bewerber auswählen. Die Prozentgewichtung werde Aufgabe des Preisgerichts sein.

Die StRe Fiedler und Hölzl nehmen wieder an der Sitzung teil.

Lt. OVRin Hagl habe die Verwaltung bereits einen Vorschlag für die Jury unterbreitet. Der Hauptausschuss habe empfohlen, diesen Vorschlag zu ergänzen um die Beteiligung des Planungsreferenten.

StR Weinzierl merkt an, dass die Blickfreiheit in gewisser Weise eingeschränkt werde wenn die Schule gebaut werde und er wolle nicht, dass hier ein falscher Eindruck entstehe.

OVRin antwortet, dass sie voraussetze, dass die Bieter den Bebauungsplan lesen können. Natürlich gebe es Investoren, die eine Schule meiden, allerdings könne man eine Lage erhöht auf dem Berg nicht wegdiskutieren und hier müsse der Investor einfach abwägen, wie er dies werte. Es gebe allerdings auch Investoren, die eine Nachbarschaft zur Schule nicht kritisch sehen, denn eine Schule habe auch viele Vorteile.
StR Eschenbacher erkundigt sich danach, ob sich die Baugemeinschaften selbst finden oder ob man bei der Stadt nachfragen könne.

Der Vorsitzende antwortet, dass die Baugemeinschaften über die Ausschreibung informiert werden. Dies wurde in der Hauptausschusssitzung festgelegt.

StR Eschenbacher erkundigt sich weiter, ob es auch möglich sei, dass sich Freisinger Bürgerinnen und Bürger direkt an die Verwaltung wenden können.

Der Vorsitzende entgegnet, wenn sich eine Baugemeinschaft neu gründe, habe diese selbstverständlich die Möglichkeit sich bis zum Ablauf der Frist zu bewerben. Die bestehenden Baugemeinschaften werden informiert und müssen sich entsprechend kümmern.

StR Eschenbacher stellt fest, dass der Vorsitzende damit meine, dass diese Baugemeinschaften selbst werben müssen in Freising. Hierzu möchte er wissen, ob es nicht möglich sei, dass die Verwaltung Hinweise gebe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass er hiervon absehen würde, denn die Verwaltung könne schlecht eine spezielle Baugemeinschaft empfehlen.

StR Eschenbacher teilt mit, dass es doch auch möglich wäre einfach mitzuteilen, welche Baugemeinschaften inzwischen existieren ohne dabei eine Empfehlung abzugeben.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Der Vorsitzende antwortet, dass es bisher drei Baugemeinschaften gebe. Dies könne man auch so mitteilen. Er bitte um Verständnis, dass sich die Verwaltung nicht darum kümmern könne, dass sich mehr Baugemeinschaften gründen.

Beschluss Nr. 225/35a

Anwesend: 31 Für: 31 Gegen: 0 den Antrag

Es besteht Einverständnis mit den Rahmenbedingungen (55/45 %) für die Ausschreibung des ersten Loses für den Bereich Wohnen in der General-von-Stein-Kaserne.
Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Basis die Ausschreibung vorzubereiten und dem Hauptausschuss zur Kenntnisnahme und Zustimmung zuzuleiten. Mit der Besetzung des Preisgerichts in der vorgeschlagenen Form zusätzlich des Planungsreferenten besteht Einverständnis. Die Fraktionen benennen je ein Mitglied sowie einen Stellvertreter für die Bewertungsjury.

Die bisher bekannten Interessenten werden von der Ausschreibung schriftlich verständigt.

TOP 9a Berichte und Anfragen
Anfrage StR Kropp bzgl. Neubesetzung der Ausschüsse
Anwesend: 31

StR Kropp stellt fest, dass heute über die Neubesetzung der Ausschüsse gesprochen worden sei. Er möchte wissen, ob die Aufsichtsratssitze auch nach d´Hondt vergeben werden.

VR Widmann berichtet, dass heute über die Neubesetzung der Ausschüsse entschieden worden sei. Die Aufsichtsräte seien in der Anlage zur GeschOStR geregelt.

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011

Die Aufsichtsräte werden nach anderen Kriterien besetzt und sind auch bisher nicht nach d´Hondt besetzt worden. Selbstverständlich haben die Fraktionen, wie bereits ausgeführt, das Recht, die Besetzung vorzuschlagen. Es müsste in den Gesellschaften geklärt werden, ob nach d´Hondt besetzt werden soll.

StR Kropp stellt fest, dass der Aufsichtsrat auf 6 Jahre gewählt werde. Anders wäre es wenn der Stadtrat beschließen würde, dass man eine Verteilung nach d´Hondt wolle.

VR Widmann antwortet, dass der Stadtrat die Bestellung in den Aufsichtsrat vorgeschlagen habe. Heute habe man nur über die Ausschussumbesetzungen beschlossen. Diese seien Anlage zur GeschOStR. Einen Aufsichtsrat zu bestellen erfolge auf der Grundlage der gesellschaftlichen Satzungen und sonstigen Bestimmungen, was aber nicht das heutige Thema gewesen sei.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass kein förmlicher Antrag für eine Umbesetzung vorliege. Bei der Besetzung des Aufsichtsrates gehe es nicht nach d´Hondt. Es sei auch durchaus möglich ein Mitglied in den Aufsichtsrat zu berufen, das nicht Mitglied des Stadtrates sei.

StR Kropp teilt mit, dass er den Beschluss vom Mai 2008 dann allerdings für sinnlos halte.

Der Vorsitzende antwortet, dass damals kein anderer Vorschlag vorlag, weil man wohl keinen Fremden in den Ausschuss holen wollte.

TOP 9b **Berichte und Anfragen**
Anfrage StR Dr. Schwarzer bzgl. Parksituation Kurve Tuchinger Straße
Anwesend: 31

StR Dr. Schwarzer berichtet über eine Anfrage bzgl. der Parksituation an der Kurve zur Tuchinger Straße. Nach der Kurve sei in diesem Bereich zwar inzwischen ein Schild aufgestellt worden, ab welchem Punkt das Parken zugelassen sei, allerdings sei das Problem damit nicht gelöst. Es werde jetzt auch vor dem Hinweisschild in der Kurve geparkt.

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des
Stadtrates (35.) vom 21.09.2011**

Dieses Probleme bestehe auch vor allen Dingen nachts oder an den Wochenenden. Er bitte daher nochmals um Prüfung und Aufstellung eines Parkverbotsschildes in der Kurve.
Der Vorsitzende antwortet, dass die zuständige Abteilung mit der Polizei bereits im Juni eine Ortsbesichtigung durchgeführt habe. Damals gab es mit den Anwohnern der Straße und der Polizeiinspektion Freising einen Ortstermin. Es stellte sich heraus, dass der bisherige Schotterparkplatz vom Fahrbahnrand bis zur Mitte der Stadt Freising gehöre. Der Eigentümer des dahinter liegenden Grundstückes des Schotterbereiches wollte die städtische Fläche aber als Parkplatz kostenpflichtig vermieten. Die Grundstücksgrenzen wurden daher mittels Flatterband abgesteckt. Auf der städtischen Fläche soll wieder geparkt werden allerdings mittels Längsparkern. Da die Fläche bisher noch nicht recht angenommen wird, soll eine Parkplatzbeschilderung aufgestellt werden, was zwischenzeitlich geschehen sei. Bei o.g. Ortstermin mit der PI Freising sowie einer abendlichen Befahrung wurde festgestellt, dass die bisher parkenden Fahrzeuge auf der Tuchinger Straße noch kein derartiges Hindernis darstellen, dass ein Halteverbot angeordnet werden kann. Der Stadtbusbetrieb hat zudem mitgeteilt, dass derzeit noch keine gravierenden Behinderungen vorliegen. Sollte der Parkplatz trotz dieser Beschilderung nicht angenommen werden und sich die Autoschlange entlang der Tuchinger Straße verlängern, wird ein absolutes Halteverbot aufgestellt.

StR Dr. Schwarzer bedankt sich, aber er sei der Meinung, dass hier der falsche Eindruck entstanden sei, denn nachts und am Wochenende sei in der Kurve fast immer zugeparkt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Presse und schließt um 22:32 Uhr die öffentliche Sitzung.

Dieter Thalhammer	Simone Brümmer
Oberbürgermeister	Schriftführerin